Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläutert den Antrag. Es wird darauf hingewiesen, dass aus der Bürgerschaft vermehrt Fragen zum Thema der Einfriedung und Bepflanzung von Vorgärten an die Fraktion gerichtet werden. Ziel des Antrages ist es, dass die Verwaltung juristische Fragestellungen beleuchtet, damit den Anfragenden eine rechtlich fundierte Antwort geliefert werden. Auf dem Ergebnis dieser Anfrage kann dann über weitere Schritte, beispielsweise die Anpassung der Einfriedigungssatzung der Stadt Meckenheim, nachgedacht werden.

Die Verwaltung erinnert daran, dass die derzeitige „Satzung über besondere Anforderungen an Einfriedigungen (Einfriedigungssatzung)“ wenig Vorgaben zu Materialität und Art der Einfriedigungen enthält, da enger gefasste Vorgängersatzung regelmäßig beklagt worden sind und rechtlichen Prüfungen nicht standgehalten haben. Eine solche Satzung greift für das gesamte Stadtgebiet in das Eigentumsrecht aus Artikel 17 Grundgesetz ein, so dass besonders hohe Anforderungen an deren Begründung zu knüpfen sind. Zudem muss der Gleichbehandlungsgrundsatz berücksichtigt werden, was insbesondere bedeutet, dass Verstöße verfolgt und sanktioniert werden müssen. Die aktuelle Personalsituation lässt dies jedoch kaum zu. Es wird darauf hingewiesen, dass eine echte Rückwirkung, also ein Zwang zur Änderung genehmigter oder vormals zulässiger Zustände nicht mit der Eigentumsfreiheit zu vereinbaren ist. Zudem spricht sich die Verwaltung gegen Zwangsmaßnahmen aus. Vielmehr sollten Grundstückseigentümer durch Anreize, z.B. Wettbewerbe und Prämierungen, dazu motiviert werden, ihre Gärten zu begrünen und ökologisch hochwertig zu gestalten.

Alle Fraktionen erklären Ihre Unterstützung für den Antrag, da der Beschluss von Prüfaufträgen guter Brauch sei. Die CDU- und SPD-Fraktion erklären, dass sie die Darstellung der Verwaltung teilen.

Die CDU-Fraktion regt an, in der Ziffer 4 auf die Formulierung „in der nächsten Sitzung“ zugunsten von „in einer der nächsten Sitzungen“ zu verzichten und damit der Verwaltung eine ausreichende Bearbeitungszeit einzuräumen.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende stellt den vorgeschlagenen Beschluss zur Abstimmung, wobei die Ziffer 4, entsprechend der Anregung der CDU-Fraktion angepasst ist, zur Abstimmung.